

Antrag 26/II/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Für eine gerechte Zukunft: Gleiche Chancen für alle - Berufsberatung statt Stigmatisierung!****Empfehlung der Antragskommission****erledigt bei Annahme 12/II/2025 (Konsens)**

1 Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag werden aufgefordert, 2 die entsprechenden Gesetze und Verwaltungsvorschriften (insb. im SGB II und SGB III) so anzupassen, dass die berufliche Orientierung für junge Menschen vom Bezug von 3 Sozialleistungen der Eltern entkoppelt wird. Ziel ist die 4 Etablierung eines chancengerechten, flächendeckenden 5 und freiwilligen Beratungsangebots für alle Schüler*innen. 6

7

8

9 11 Dafür fordern wir:

10 12 1. Beendigung der selektiven Praxis: Die verpflichtende Kontaktaufnahme und Einladung von 11 15-jährigen Jugendlichen allein aufgrund des 12 Bürgergeld-Bezugs ihrer Eltern ist zu beenden.

13 16 2. Schaffung eines universellen Beratungsangebots: 14 Ein flächendeckendes, hochwertiges und freiwilliges 15 Beratungsangebot für alle Schuler*innen 16 an allgemeinbildenden Schulen zu etablieren und 17 zu finanzieren. Dieses Angebot soll in den Schulen 18 verankert und in enger Kooperation mit der Agentur 19 für Arbeit durchgeführt werden.

20 23 3. Fokus auf Freiwilligkeit und Bedarfsorientierung: 21 Die Teilnahme an der Berufsberatung muss auf Freiwilligkeit 22 basieren. Die Ressourcen müssen genutzt werden, um ein attraktives Angebot zu schaffen, das 23 junge Menschen aus eigenem Antrieb gerne annehmen, 24 weil es ihnen echten Mehrwert bietet.

25

26

31 Begründung

32 Der Übergang von der Schule in den Beruf ist eine entscheidende und oft herausfordernde Phase im Leben junger Menschen. Eine frühzeitige und professionelle Berufsberatung ist ein wertvolles Instrument, um sie auf diesem Weg zu unterstützen und ihnen Perspektiven aufzuzeigen.

33 Die aktuelle Praxis der Jobcenter und der Bundesagentur für Arbeit, gezielt und verpflichtend auf Jugendliche zu zugehen, sobald sie das 15. Lebensjahr erreichen und ihre Familien Bürgergeld beziehen, ist jedoch zutiefst problematisch und sozial ungerecht. Diese Vorgehensweise schafft ein Zwei-Klassen-Beratungssystem. Auf der einen Seite die Jugendlichen aus Bürgergeld-Familien, die unter Androhung von Sanktionen zu Terminen geladen werden, auf der anderen Seite alle anderen Jugendlichen, die auf allgemeine und oft weniger intensive Angebote in Schu-

48 len angewiesen sind. Ebenso gibt es Umstände, in denen
49 gar keine Beratung angeboten wird, obwohl die Jugendli-
50 chen orientierungslos sind.
51 Diese Praxis stigmatisiert junge Menschen aufgrund der
52 finanziellen Situation ihrer Eltern. Sie erweckt den Ein-
53 druck, dass bei Kindern aus einkommensschwachen Fami-
54 lien per se ein besonderer Kontroll- und Handlungsbedarf
55 besteht. Statt sie als Talente mit Potenzial zu sehen, wer-
56 den sie primär als potenzielle zukünftige „Fälle“ für das
57 Jobcenter behandelt. Dies übt einen enormen Druck auf
58 die Betroffenen aus und steht im Widerspruch zu unserem
59 sozialdemokratischen Grundsatz der Chancengleichheit.
60 Als sozialdemokratische Partei kämpfen wir gegen je-
61 de Form von Diskriminierung aufgrund der sozialen Her-
62 kunft. Der Staat sollte allen jungen Menschen unterstüt-
63 zend zur Seite stehen, um ihnen ein unabhängiges und
64 selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Orientierungs-
65 losigkeit nach der Schule ist kein Phänomen, das nur Kin-
66 der aus Bürgergeld-Familien betrifft. Ein gutes Angebot
67 darf nicht an einen Leistungsbezug geknüpft sein, son-
68 dern muss sich am tatsächlichen Bedarf orientieren.
69 Unser Ziel ist ein System, das fördert, statt zu stigmati-
70 sieren, und das allen jungen Menschen die gleichen Start-
71 chancen ins Berufsleben ermöglicht.

72